19. Die Überweisung (§ 18 RStGB. i. d. F. der siebenten DurchfW. v. 18. Mai 1940 RGBl. I S. 787) bleibt, solange sie der Gerichtsherr nicht widerruft, auch dann wirksam, wenn sich die Zuwiderhandlung nicht nur gegen die allgemeinen Strafgesetze, sondern auch gegen Bestimmungen des MStGB. richtet; belanglos ist, ob das bereits bei der Überweisung zu übersehen gewesen wäre oder sich erst später herausgestellt hat.

IV. Straffenat. Urf. v. 12. Dezember 1941 g. N. u. a. 4 D 211/41.

I. Landgericht Leipzig.

Aus den Gründen:

Die RStGB. will an der im § 3 Abs. 2 MStGB. (a. u. n. F.) gegebenen Regel grundsätzlich nichts ändern, daß Straftaten gegen das MStGB. von den Wehrmachtgerichten abzuurteilen sind. Sie will aber aus Zweckmäßigkeitsgründen dem Gerichtsherrn die Möglichkeit geben, von der strengen Durchführung dieses Grundjages unter bestimmten Voraussetzungen eine Ausnahme zu machen. Daher bestimmte der § 18 Abs. 2 RStGB. a. F. (RGBl. 1939 I S. 1457), daß nach einer Überweisung des Verfahrens an die allgemeinen Gerichte deren Zuständigkeit wieder entfalle, wenn sich später herausstelle, daß mit der Zuwiderhandlung eine strafbare Handlung gegen das MStGB. oder die RStGB. rechtlich zusammentreffe, daß der Gerichtsherr aber die Fortführung des Verfahrens vor den allgemeinen Gerichten genehmigen könne.

Der § 18 Abs. 2 i. d. F. der siebenten DurchfW. zur RStGB. v. 18. Mai 1940 (RGBl. I S. 787) erstrebt dasselbe Ergebnis wie der § 18 Abs. 2 a. F. Allerdings erlischt nach dem § 18 Abs. 2 n. F. gegebenenfalls die Zuständigkeit der allgemeinen Gerichte nicht wie bisher von selbst, sondern erst, wenn der Gerichtsherr die Überweisung widerruft; das kann bis zu einem gewissen Zeitpunkte geschehen, wenn besondere militärische Belange es erfordern. Die Überweisung bleibt also wirksam, wenn sie der Gerichtsherr nicht rechtzeitig widerruft. Im Schrifttum wird angenommen, das gelte auch dann, wenn sich herausstelle, daß sich die Zuwiderhandlung nicht oder nicht nur gegen die allgemeinen Strafgesetze richte (vgl. Pfundtner-Meubert Das neue deutsche Reichsrecht II RV 3 Anm. 1 zum Urf. III S. 59 Mitte, Graf von Gleispach Das Kriegsstrafrecht

Teil III S. 72). Auch das Oberkommando der Wehrmacht vertritt, wie es auf Anfrage mitgeteilt hat, diesen Standpunkt. Er hat überdies den Vorzug, daß die einmal angenommene Zuständigkeit der allgemeinen Gerichte aufrechterhalten bleibt und daß sich so die Einleitung eines neuen Verfahrens vor den Wehrmachtgerichten erübrigt. Der Senat trägt keine Bedenken, sich der dargelegten Auslegung des § 18 Abs. 2 RStGB. n. F. anzuschließen. Sie trifft auch dann zu, wenn bereits zur Zeit der Überweisung zu übersehen gewesen wäre, daß auch eine Zuwiderhandlung gegen das MStGB. oder die RStGB. in Frage komme.

Im vorliegenden Falle hat der Gerichtsherr das Verfahren gegen den Beschwerdeführer durch die Verfügung vom 6. August 1940 auf Grund des § 18 Abs. 1 Nr. 1 RStGB. n. F. an die Behörden der allgemeinen Gerichtsbarkeit überwiesen. Da er die Überweisung nicht widerrufen hat, sind die allgemeinen Gerichte auch dann zur Aburteilung berufen, wenn sich die Tat auch (§ 73 StGB.) als Zuwiderhandlung gegen das MStGB. darstellt.